

Evangelische Volkspartei der Schweiz

Niklaus Hari, Kommunikation

Josefstrasse 32

8023 Zürich

Tel. 044 272 71 00

Fax 044 272 14 37

Mobile 079 202 72 27

niklaus.hari@evppev.ch

www.evppev.ch

Bundesamt für Umwelt
Abteilung Stoffe, Boden, Biotechnologie
3003 Bern

23. August 2006

**PRTR (Pollutant Release and Transfer Register) – Verordnung (PRTR-V)
Vernehmlassungsantwort der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP)**

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Vielen Dank für die Einladung, zur oben genannten Vorlage Stellung nehmen zu dürfen. Die Evangelische Volkspartei der Schweiz beurteilt die PRTR-Verordnung wie folgt:

Betrachtet man die neue Verordnung als Teil eines europäischen Ganzen, so kann das geplante, neue Register durchaus sinnvoll sein. Auf Grund der Tatsache, dass die **Schweiz ein ausgesprochenes KMU-Land** ist, wird das Register für die Schweiz selber nur von bedingtem Nutzen sein. Dazu kommt, dass die kantonalen Behörden die „Grossemittenten“ meist sehr gut kennen (auch wenn sie die Schwellen gemäss PRTR vielleicht knapp nicht erreichen). Der Vollzug umweltrechtlicher Belange ist viel direkter und wahrscheinlich eher besser als über ein (geo-) graphisch schön darzustellendes Register.

Diffuse Quellen werden unserer Ansicht nach zu stark vernachlässigt, auch wenn das BAFU mit gewissen Branchen Abklärungen und Abschätzungen vornehmen will. Beispielsweise wird bodennahes Ozon oder Feinstaub aus dem (Privat-)Verkehr kaum Eingang finden. Die Probleme sind aber bekannt.

In den vergangenen Monaten und Jahren wurde **bei Umweltschutzämtern teils massiv gespart**. Kommt eine neue Verordnung, heisst das für das „hinterbliebene“ Personal einfach Mehrarbeit ohne Kompensationsmöglichkeit – es wird ja kaum eine andere Verordnung abgeschafft. Je nach Kanton und Amt wird der neuen Verordnung mehr oder weniger Aufmerksamkeit geschenkt. Im einen Fall wird beim normalen Vollzug gespart (Kontrollen, Information), im andern Fall ist das Register unvollständig oder falsch nachgeführt.

Die am meisten betroffene **chemische Industrie** unterstützt das Anliegen, vertreten durch die SGCI. Die darzulegenden Daten sind von Gesetzes wegen bereits vorhanden und werden jetzt durch das PRTR allgemein zugänglich gemacht. Über den Nutzen eines solchen Prozesses haben diverse Fachleute allerdings Zweifel. Schaden wird das Register aber nicht. Ob sich alle Länder im geforderten Masse an die Vorgaben halten und ehrlich und offen die Daten erheben, scheint uns ebenso fragwürdig.

Erstaunt hat uns die Tatsache, dass **Isotopenhandling** offensichtlich von diesem Prozess **ausgenommen** sind. Allerdings liegt es wahrscheinlich nicht an der Schweiz, die Liste der 86 Produktklassen zu erweitern.

Da es sich um die Umsetzung einer eingegangenen Verpflichtung (Aarhus Konvention, UNECE, am 25.6.98 von der Schweiz unterzeichnet) handelt und diese Umsetzung mit dem vorliegenden Verordnungsentwurf in vernünftiger Masse vollzogen wird, sieht die EVP keinen Anlass zu einer kontroversen Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

EVANGELISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ (EVP)



Parteipräsident und Nationalrat
Dr. Ruedi Aeschbacher



Generalsekretär
Joel Blunier